

Tierschutzhaus

Diese schöne Jungkatze wurde im Tierschutzhaus abgegeben. Sie wurde kürzlich in Nendeln gefunden. Weretwas über diese Jungkatze weiss, wird gebeten, sich beim Tierschutzhaus unter Tel. +423 239 65 65 zu melden.



Dienstjubiläum

In der Industrie

Heute feiert **Peter Keckeis**, wohnhaft in Göfis, sein stolzes 30-jähriges Dienstjubiläum. Peter Keckeis ist bei der Hilcona AG in Schaan als Mitarbeiter Warenabgabe tätig.

Der Gratulation der Firmenleitung schliessen sich die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer und das «Liechtensteiner Vaterland» gerne an.

Hochzeiten

Heute vermählen sich vor dem Zivilstandsamt Vaduz folgende Paare:

Daniel Sprenger von Triesen in Balzers und **Nina Keranovic** von Österreich in Koblach.

Albert Wohlwend von Gamprin in Locarno und **Esther Biedermann** von Schellenberg in Mauren.

Ihr Trauring-Spezialist



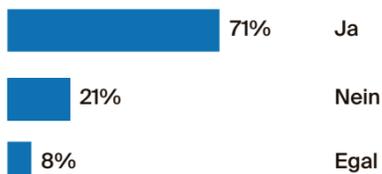
Gratulation

Alban Hasler, Egerta 5, Schellenberg zum 92. Geburtstag

Wir wünschen dem Jubilar Gottes Segen, Gesundheit und ein schönes Geburtstagsfest.

Umfrage der Woche

Frage: Soll Liechtenstein die Postauto-Affäre aktiv aufarbeiten?



Aktueller Zwischenstand von gestern Abend. 196 Teilnehmer Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li

Impressum

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargelze
Chefredaktor: Patrik Schädler (sap)

Druck: Somedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen:
Vaduzer Medienhaus AG, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17

Redaktion: Tel. +423 236 16 16, E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li

Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 17, E-Mail: inserate@vaterland.li

Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@vaterland.li

Internet: www.vaterland.li

Heute kein Vaterland im Briefkasten?

Dann rufen Sie von Montag bis Freitag, 7.30 – 10.00 Uhr,

unsere Abo-Hotline unter +423 236 16 61 an. Nachlieferung erfolgt bis mittags.

eHealth lässt weiter auf sich warten

Gesundheit Seit 2012 steht fest, dass das elektronische Patientendossier in Liechtenstein eingeführt werden soll. Die Regierung arbeitet immer noch an den Grundlagen dafür.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Noch im Oktober 2017 hiess es: Die elektronische Patientenakte soll nächstens in Vernehmlassung geschickt werden. Heute, rund acht Monate später, teilt das Gesundheitsministerium auf Anfrage nach dem Stand der Arbeiten mit: «Ein Termin für den Start der Vernehmlassung kann derzeit noch nicht genannt werden.»

«Probetrieb» einiger Leistungserbringer

Offenbar stocken die Arbeiten an den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Warum, ist nicht bekannt. Vonseiten des Ministeriums wird lediglich mitgeteilt, dass derzeit an einer Vernehmlassungsvorlage gearbeitet wird und Liechtenstein hierfür im Austausch mit den Nachbarländern stehe. Ausserdem seien derzeit einige wenige Leistungserbringer einer Art Probetrieb angeschlossen. Im Rahmen eines Vortrags an der UFL in Triesen liess Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini im Mai zudem wissen: «Liechtenstein will in Bezug auf die digitale Dokumentation einen strengen Weg gehen.» Mehr ist über Vorgehen und Umsetzung in Bezug auf die elektronische Patientenakte nicht bekannt.

Das elektronische Patientendossier – kurz EPD – ist eine Sammlung von Daten der Patienten



Noch ist die elektronische Patientenakte in Liechtenstein ein Papiertiger.

Bild: iStock

wie zum Beispiel Impfaufweis, Röntgenbilder, Rezepte oder Austrittsberichte der Spitäler. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gesundheitsdaten stets zur richtigen Zeit am richtigen Ort vorliegen. Im schweizerischen EPD-Gesetz heisst es denn auch zum Ziel: «Mit dem elektronischen Patientendossier sollen die Qualität der medizinischen Behandlung gestärkt, die Behandlungsprozesse verbessert, die Patientensicherheit er-

höht und die Effizienz des Gesundheitssystems gesteigert sowie die Gesundheitskompetenz der Patientinnen und Patienten gefördert werden.»

Um sich diesem Ziel anschliessen zu können, hat die Regierung 2012 die eHealth-Strategie genehmigt, welche sich an jener der Schweiz orientiert. Ausserdem hat sie eine Arbeitsgruppe mit deren Umsetzung betraut. Ende 2014 wurde klar, dass der Verein eHealth Liechtenstein in

privater Trägerschaft fungieren soll, das Land Liechtenstein sich jedoch finanziell am Projekt beteiligt.

Im Dezember 2015 wurde dann auf Initiative des Landesspitals und des Labormedizinischen Zentrums Dr. Risch in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit der Verein eHealth Liechtenstein gegründet. Im Projektteam sind die Ärztekammer sowie eine Gruppe von Ärzten engagiert.

Keine Anklage: Streit ist beigelegt

Vorbei Daniel Risch drohte den FBP-Abgeordneten Alexander Batliner und Johannes Hasler mit einer Klage, weil sie ihm «Irreführung» vorwarfen. Jetzt haben sie sich geeinigt.

Begonnen hatte die leidige Geschichte vor gut einem Jahr im Juni-Landtag. Damals ging es in der Diskussion darum, ob man Gelder für den Bau einer Langsamverkehrsbrücke zwischen Buchs und Vaduz sprechen soll oder nicht. Damals stand im entsprechenden Bericht, dass sowohl der Kanton als auch Buchs und Vaduz dem Finanzierungs-schlüssel zugestimmt hätten und die entsprechenden Mittel gesprochen haben sollen. Nur entsprach das damals nicht ganz der Wahrheit: Damals waren erst die nötigen Kosten in die Investitionsrechnung eingestellt worden, wie aus einer Kleinen Anfrage hervorgeht. Die beiden FBP-Abgeordneten Johannes Hasler und Alexander Batliner nahmen diese Tatsache zum Anlass, den zuständigen Infrastrukturminister Daniel Risch in einem Forumsbeitrag anzugreifen. Unter dem Titel «Hat Daniel Risch den Landtag bewusst getäuscht?» im «Volksblatt» warfen sie dem Regierungsmittglied vor, dass die Aussagen «falsch und irreführend» seien. Im gleichen Beitrag doppelten sie nach: «Somit steigt bei uns der Verdacht, als ob Daniel Risch den Landtag bewusst falsch informieren wollte, um ei-



Die beiden Streitparteien klärten den Zwist in einem Gespräch.

Bilder: Archiv



ne Mehrheit zu erzielen.» Diesen Vorwurf wollte der Infrastrukturminister nicht auf sich sitzen lassen.

Eine Aussprache löst den Konflikt

Risch beschloss, sich gegen die markigen Vorwürfen zu verteidigen. Via Anwalt liess er am 17. Mai ausrichten, dass man sich gegen die ehrenrührigen Angriffe notfalls gerichtlich wehren würde, sollten sich die beiden Abgeordneten nicht entschuldigen. Dies wurde bekannt, nachdem

der Brief des Anwalts an das «Volksblatt» weiterleitet wurde. Risch forderte gemäss der Zeitung, die «Affäre mit einer sachlichen Klarstellung zu bereinigen», und zwar in der Öffentlichkeit. Schliesslich hätten die beiden FBP-Abgeordneten explizit den Weg an die Öffentlichkeit gesucht. In einem Communiqué erklärte Risch sein Vorgehen: «Für mich wurde durch die öffentliche Anschuldigung, ich hätte den Landtag bezüglich des Verpflichtungskredits zur Langsamverkehrsbrücke bewusst ge-

täuscht, eine rote Linie überschritten.»

Vergangenen Freitag trafen sich nun die beiden Streitparteien zur Aussprache. Mittels einer gestern versendeten Medienmitteilung wurde nun bekannt, dass der Streit beigelegt worden sei. Ansonsten liefert die gemeinsame Aussendung kaum Erklärendes. Risch weist die Vorwürfe der «Irreführung» bzw. «bewussten Täuschung» seinerseits gegenüber dem Landtag weiter entschieden zurück. Dass die Formulierung im Bericht und Antrag aber einen Interpretationsspielraum zulässt, sei aufgrund der geführten Diskussionen nachvollziehbar.

Die Abgeordneten Johannes Hasler und Alexander Batliner ihrerseits stellten klar, dass sie den Vorwurf der bewussten Täuschung nicht explizit erhoben hätten. Und weiter: «Das Gespräch brachte des Weiteren insofern Klarheit, als dass keine Absicht seitens des Regierungschef-Stellvertreters Daniel Risch bestand, den Landtag zu täuschen bzw. in die Irre zu führen.» Die Angelegenheit sei hiermit für beide Seiten erledigt.

Stephan Agnolazza
sagnolazza@medienhaus.li